

UTE VOGT

INFORMIERT



Nr. 3

SPD

März 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

von den „Sternstunden des Parlaments“ ist gerne die Rede, wenn der Deutsche Bundestag über Themen diskutiert, bei denen die Meinungen quer durch die Parteien ganz unterschiedlich sind und die Abstimmung daher nicht entlang der Fraktionsgrenzen geht. So auch beim Thema Sterbehilfe. Vermutlich zum Ende dieses Jahres wird der Deutsche Bundestag darüber entscheiden, ob wir eine Verschärfung oder eine Lockerung des gesetzlichen Rahmens vornehmen. Ein Thema, das viele Menschen beschäftigt und uns bei einer Veranstaltung sogar zu einer ungewöhnlichen Uhrzeit um 17:00 Uhr unter der Woche ein volles Haus und ein lebhaft diskutierendes Publikum beschert hat. Uninteressiert war leider nur – wie regelmäßig bei Aktivitäten der Stuttgarter Bundestagsabgeordneten – die örtliche Zeitungslandschaft. Persönlich nehmen muss ich das nicht, denn eine ganz ähnliche Veranstaltung der CDU-Kollegin Karin Maag, die nur einen Tag später stattfand, fand sich in der Berichterstattung ebenfalls nirgends wieder. Ich finde, gerade ein Thema, bei dem das Abstimmungsverhalten jedes Einzelnen vollkommen offen ist, gäbe den Bürgerinnen und Bürgern einen interessanten Blick auf die Haltungen der örtlichen Abgeordneten. Schade, dass das in der Stuttgarter Zeitungslandschaft offenbar keiner so sieht.

Herzliche Grüße

Gesundheit durch Prävention

Diese Woche findet im Plenum die erste Lesung zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention statt.

Das Gesetz soll insbesondere für eine Unterstützung der Präventionsarbeit sorgen und bezieht alle Sozialversicherungsträger mit ein.

Zum vormerken:

Der nächste bundespolitische Stammtisch findet am 15. April, um 18:00 Uhr im Murrhardter Hof, am Wilhelmsplatz 6, statt.

„Sterbehilfe? In Würde sterben“ – Ein Thema, das bewegt



Das Interesse und der Gesprächsbedarf waren sehr groß: Beim Gespräch und anschließender Diskussion „Sterbehilfe? In Würde sterben“ konnten die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Heike Baehrens und Ute Vogt sowie die evangelischen Bildungsstätte Hospitalhof Stutt-

gart nahezu 100 Gäste begrüßen. In der nach

den Impulsreferaten von Dr. Michael de Ridder, Arzt für Innere Medizin, Chefarzt a.D., Pfarrerin Elisabeth Kunze-Wünsch, Leiterin Hospiz Stuttgart und Pfarrerin Monika Renninger, Leiterin Hospitalhof Stuttgart stattfindenden intensiven und teilweise auch sehr emotionalen Diskussion war das ganze Moderationsgeschick des ehemaligen Stadtdekan, Hans-Peter Ehrlich, gefragt.

Das auf der Veranstaltung entstandene Meinungsbild wird von den beiden MdB mit in die Debatte zum Gesetzentwurf nach Berlin mitgenommen.

→ [Mehr zur Veranstaltung...](#)

Mehr Investitionen und Unterstützung für Kommunen

Bei der Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Investitionspakets haben wir als SPD einen großen Erfolg erzielt. Die für die Haushaltsjahre 2015-2018 zusätzlich zur Verfügung stehenden 10 Mrd. Euro sollen vor allem die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur erhöhen. Eines unserer Kernanliegen war es, die Kommunen stärker zu entlasten. Bisher war vereinbart, dass die Kommunen von 2015 bis 2017 um jeweils eine Milliarde Euro entlastet werden. Jetzt haben wir erreicht, dass die Entlastung der Kommunen um weitere 1,5 Mrd. Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro in 2017 steigt und dann 2018 mit 5 Mrd. ihre volle Höhe erreicht. Das ist ein wichtiger Schritt, um die

Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten. Für finanzschwache Kommunen wird zudem ein Investitionsfonds über 3,5 Mrd. Euro eingerichtet. Auch die Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Städtebau und Energieeffizienz werden deutlich aufgestockt. Die fünf zusätzlichen Mrd. sollen für weitere Investitionen zugunsten von Ländern und Kommunen in den Politikfeldern Kinderbetreuung, Bildung und Soziales zur Verfügung stehen.

Die parlamentarischen Beratungen zum Nachtragshaushalt, der die genannten Maßnahmen beinhalten soll, beginnen diese Woche.



Mietpreisbremse

Die Mietpreisbremse konnten wir endlich gegen viele Widerstände durchsetzen. Eines unserer wichtigen Projekte aus dem Koalitionsvertrag wird damit nun umgesetzt. Hauptanliegen der neuen Regelung ist, dass insbesondere in Großstädten und Ballungszentren jährlich hunderttausende von Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieterhöhungen geschützt werden.

Künftig können die Länder exzessive Mietsteigerungen bei neuen Mietverträgen begrenzen. Wir bewahren damit die Betroffenen jährlich vor Kosten von voraussichtlich 284 Millionen Euro. Durch die Einführung des Bestellerprinzips sparen Mietende zusätzlich rund 573 Millionen Euro. Das entspricht einer Entlastung von insgesamt 857 Mio. Euro jährlich.

Die Mietpreisbremse soll zum 1. Juni kommen.

Der Bundesrat muss vorher noch zustimmen.

→ [Fragen und Antworten zur Mietpreisbremse auf der Webseite des BMJV](#)

„Chancen und Risiken von Freihandelsabkommen“

Ende Februar hat die SPE (Zusammenschluss sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien in der Europäischen Union) ein Positionspapier zum Thema Investorenschutz bei Freihandelsabkommen beschlossen.

So fordert die SPE in ihrem Papier die Einrichtung eines Handelsgerichtshofs mit öffentlichem Charakter als Alternative zu den heftig umstrittenen außergerichtlichen Schiedsgerichten.

→ [Positionspapier im Original \(Englisch\)](#)

→ [Alles zum Thema im Überblick auf der Webseite von Bernd Lange MdEP](#)

Bürgeranliegen

Diesen Monat erreichten uns u.a. Zuschriften zu den Themen Endlagerung, Landwirtschaft, Langzeitarbeitslosigkeit, Verdienstsunterschiede zwischen Männern und Frauen sowie das Freihandelsabkommen TTIP.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

